Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Agenturen, Geschäftsstellen und Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 49. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 27. Februar 1928

Brand am Brenner.

In allen Städten und Dörfern Südtirols findet man in den Papierläden, Zeitungskiosken und Kleinkramläden Ansichtskarten ausgestellt, auf denen zwei italienische Alpenjäger schwer bewaffnet die „Brennerwacht" halten. Andere Karten variieren diese Darstellung, sprechen sogar die Hoffnung aus, daß eines Tages die italienische Flagge nordwärts getragen wird über den Brenner hinaus. Truppenmassen stehen längs der italienisch-österreichischen

Bundeskanzler Dr. Seipel.

Grenze und bei Scharfschießübungen kommt es nicht gerade selten vor, daß italienische Granaten auf österreichischem Gebiet platzen. Auf Beschwerden erfolgt — nicht einmal immer — eine lahme Entschuldigung und ein paar Lire als Entschädigung. Das sind so die dortigen „Umgangsformen".

Nun kracht es wieder einmal, allerdings vorläufig nur mit Worten. Das Vorspiel ist ja bekannt: Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel über die Unmöglichkeit, irgendwie den Deutschen in Südtirol helfen zu können, weil schon jeder Versuch dazu nicht bloß abgewiesen, sondern sogar mit noch schärferen Maßregeln gegen die deutsche Sprache und Kultur beantwortet wird; dann der Entrüstungssturm im Tiroler Landtag, wo wieder einmal der Gedanke auftauchte, den Völkerbund für Südtirol in Bewegung zu setzen, weiter eine Beschwerde des italienischen Gesandten in Wien über diese „italienfeindliche Geste" und die selbstverständliche Weigerung Dr. Seipels, die Äußerungen der Tiroler Landtagsredner zu „verfolgen". Das alles fand noch einen starken Widerhall im Österreichischen Nationalrat, wo Dr. Seipel es wieder ablehnte, die Südtiroler Frage vor den Völkerbund bringen zu lassen, sich überhaupt in die innenpolitischen Verhältnisse Italiens einzumischen, aber das glückliche Wort fand, daß die internationale Moral noch über dem internationalen Recht stehe. Mit bitterem Spott fügte er hinzu, daß den Schwachen doch nicht zu fürchten brauche, wer ein gutes Gewissen habe.

Daraufhin hat sich nun in Italien ein furchtbarer Spektakel erhoben. Zunächst erklärte eine Extraausgabe des regierungsoffiziösen „Giornale d'Italia" die Rede Dr. Seipels und die Kundgebungen des Nationalrates als „international ungebührlich" und demzufolge die Lage als getrübt. Da es in Italien überhaupt nur faschistische Zeitungen gibt, wurde diese Parole sofort von allen Blättern aufgenommen und in noch weit schärferer Tonart wiederholt. Im italienischen Parlament war schon die Interpellation an Mussolini eingegangen, was er gegen die „unzulässige Einmischung" Österreichs zu tun gedenke — eine Anfrage, die natürlich nur im Auftrag des zu Befragenden erfolgt ist und nun wohl die Plattform für eine der üblichen Donnerreden Mussolinis abgeben wird. Wenn von einer Abberufung des Wiener italienischen Gesandten gesprochen wird, so ist dies doch wohl nur als drohende Geste zu betrachten. Aber Deutsch-Österreich gegenüber, das nur über ein „Heer" von 30 000 Mann verfügt, kann sich Italien ja alles erlauben.

Einst, als Südtirol von den Italienern „erobert" wurde — in allen Städten gibt es jetzt auf Befehl von oben herab ein „Straße des 4. November!" — hat der italienische König Versprechungen formellster Art darüber abgegeben, daß man an eine Unterdrückung deutscher Sitte, Sprache und Kultur in den „befreiten Provinzen" niemals denken werde. Der Faschismus hat sich den Teufel um diese Versprechungen gekümmert und der „Re piccolo" sitzt in seinem Palast und sammelt Münzen, während in Südtirol die brutale Erobererfaust regiert. Nicht einmal die Grabinschriften dürfen deutsch verfaßt werden und der Faschismus hofft, auch dem Deutschtum Südtirols die Grabschrift baldmöglichst setzen zu können. Erfreulich bei diesem Lärm, bei diesen Drohungen Italiens ist es aber, daß sich die Augen der Welt wieder einmal auf die Zustände in Südtirol richten; freilich die Arme werden sich gegen diese Verknechtungspolitik nicht erheben, kaum auch eine Stimme.

Italiens Drohungen nach Wien

Der Streit um Südtirol.

Der Wiener italienische Gesandte nach Rom berufen.

Die italienische Aufregung wegen der berechtigten Weigerung der österreichischen Regierung, den Klagen der Bevölkerung über ihre Unterdrückung durch Italien Einhalt zu gebieten, nimmt groteske Formen an. Im Lande Mussolinis schäumt man wieder einmal über vor Entrüstung. Der italienische Gesandte Auriti in Wien hat von seiner Regierung den telegraphischen Auftrag erhalten, unverzüglich nach Rom zu reisen, wo er am Montag vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen werden wird, um ihm persönlich über die Kundgebungen im Österreichischen Nationalrat Bericht zu erstatten. Der Gesandte reiste alsbald ab. Einige römische Blätter wußten bereits von einer dauernden Abberufung zu berichten. In Rom gebärden sich hauptsächlich die faschistischen Kreise so, als ob unmittelbar ein Heereszug über den Brenner und Österreich bevorstehe. Der Janhagel singt auf den Straßen Schmähllieder und die Jugend wird in Plakaten aufgefordert, „sich bereit zu halten".

Ganz sinnlos schreibt die römische „Tribuna": „International besteht keine Südtiroler Frage und binnen kurzem wird sie nicht einmal mehr als Chronikmaterial existieren, weil Südtirol eine italienische Provinz ist, in der sich noch eine unbedeutende Sprachminderheit befindet." Schwer sind solche Behauptungen zu verstehen, wenn man das gern maßlos übertreibende südländische Temperament abrechnet. Denn in Wirklichkeit hat das in die Hände Italiens gefallene Südtirol 80 % Deutschsprechende unter seiner Bevölkerung.

Mussolini wird reden.

Eine Gruppe von Abgeordneten hat in der Italienischen Kammer eine Anfrage eingebracht, in der sie den Regierungschef und Außenminister um Mitteilung seiner Auffassung über die „schmähliche Haßkundgebung" ersucht, „die sich im Österreichischen Nationalrat abspielte, und über d von verantwortlichen österreichischen Kreisen betriebene unverschämte Lügenkampagne gegen die einfache Anwendung der italienischen Gesetze in der italienischen Provinz Bozen". Es wird gefragt, ob es nicht angebracht sei, in diesen Kundgebungen künftig eine unerträgliche Einmischung eines fremden Staates in die innere italienische Gesetzgebung zu erblicken. Mussolini wird bei dem bevorstehenden Parlamentsbeginn in dieser Woche die Anfrage beantworten. Man darf also auf etwas gefaßt sein.

Mussolini.

Eine Wiener Stimme.

Das Wiener Blatt „Reichspost" schreibt u. a. zu der zu erwartenden römischen Debatte: „Wenn die italienischen Gesetze so beschaffen wären, daß man mit ihrer Hilfe ein schuldloses Volk in der vom Abgeordneten Professor Kolb geschilderten Weise völlig entrechten und entnationalisieren kann, — die Klagerufe der Gepeinigten, die Hilferufe ihrer Brüder können sie nicht verhindern, solange nicht der letzte Rest von Freiheit aus Europa verschwunden ist. Auf keine andere Weise können die Appelle an das Weltgewissen zum Verstummen gebracht werden als einzig und allein dadurch, daß die Südtiroler Anlässe aus der Welt geschafft werden."

Deutscher Standpunkt zur Kriegsverhütung.

Eine Rede Simsons in Genf.

Das in Genf tagende Vorbereitende Sicherheitskomitee begann mit der Einzelberatung der von den Beauftragten entworfenen Gutachten und besonders mit der Besprechung der von dem griechischen Vertreter Politis angeregten Pläne.

Der deutsche Delegierte von Simson

nahm dazu Stellung, indem er betonte, daß die Sanktionsidee wie ein roter Faden sich durch den ganzen Bericht ziehe, während die deutsche Auffassung in bezug auf die Mittel zur Vermehrung der Sicherheit sich auf die Maßnahmen zur Kriegsverhütung stütze. „An der Frage der Erhöhung der Sicherheit ist," so führte Simson aus, „kein Land weder in Europa noch in der ganzen übrigen Welt stärker interessiert als Deutschland, das vollkommen abgerüstet hat, während seine Nachbarstaaten nicht abgerüstet sind. Dieser Umstand zwingt Deutschland, mit allen Kräften das Sicherheitsproblem zu studieren, da gerade für Deutschland die Sicherheit erhöht werden muß." Herr von Simson bekräftigte ferner die deutsche Auffassung, daß der Abschluß von regionalen Sicherheitsverträgen durchaus nicht das einzige Mittel zur Erhöhung der Sicherheit darstellt. Das Hauptziel des Völkerbundes müsse die Verhütung des Ausbruchs von Kriegen, nicht aber die Bekämpfung des Krieges durch Strafandrohung sein. Sicherheitsmaßnahmen könnten überhaupt nur dann wirksam sein, wenn das wechselseitige Vertrauen unter den Völkern hergestellt ist. Wir glauben, daß Regionalpakte zwischen zwei oder mehreren Staaten nur dann eine Festigung des Friedens ermöglichen, wenn zuvor eingehende Besprechungen zur vorherigen Klärung zwischen den betreffenden Staaten erfolgen, wie das auch für die Locarnoverträge geschehen ist. Nicht der Abschluß von Verträgen einzelner Staaten untereinander, sondern nur die allgemeine Anerkennung des Prinzips von der Verhütung jeden Kriegsausbruchs könne helfen.

*

Die ungarische Waffenfrage.

Der vom derzeitigen Präsidenten des Völkerbundrates erhobene Protest gegen die Beiseiteschaffung des Waffentransports von St. Gotthard soll bei der Tagung im März besprochen werden. Nach Pariser Meinungen wird die Verschiebung bis zur Märztagung des Völkerbundes auf die Uneinigkeit der Ratsmitglieder zurückgeführt. Mussolini hätte offen erklärt, daß Italien gegen die Anwendung des Artikels 11 (Einspruchsrecht) sei, und auch Stresemann und Großbritannien hätten sich jeder Maßnahme gegen Ungarn widersetzt und unter keinen Umständen ein Verfahren angewendet sehen wollen, das das Untersuchungsrecht des Völkerbundes hätte in Erscheinung treten lassen.

Notprogramm und Regierungserklärung.

Letzte Feststellungen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Reichsminister Dr. Hergt, abgehaltenen Sonnabendsitzung mit der am Montag abzugebenden Regierungserklärung, deren Inhalt festgestellt wurde. Außerdem wurden die letzten Feststellungen an dem Notprogramm erledigt.

Im Laufe des Sonntags trat noch ein aus Mitgliedern der Regierung gebildetes Redaktionskomitee zusammen, um sowohl die Regierungserklärung wie auch das Arbeitsprogramm noch einmal in formeller Hinsicht zu überarbeiten. Die einzelnen Teile des Arbeitsprogramms sind zum Teil, z. B. der Etat, bereits im Reichstag in Bearbeitung, zum anderen Teil liegen sie dem Reichsrat vor. In der Regierungserklärung des Vizekanzlers soll nochmals der Wille der Regierungsparteien betont werden, an der einheitlichen Verabschiedung des Gesamtkomplexes festzuhalten. Auch der Gedanke, alle diejenigen Gegenstände, die auf dem Gesetzeswege zu regeln sind, in einem Mantelgesetz zusammenzufassen, ist in der Kabinettssitzung aufrechterhalten worden.

Von Aman Ullahs Besuch.

Die letzten Berliner Festlichkeiten.

Die größte Ehrung für den König von Afghanistan war zweifellos die Verleihung des Doktordiploms, das ihm die Technische Hochschule in Berlin-Charlottenburg verlieh. Der Rektor, Professor Bonst, wies in seiner Ansprache darauf hin, in welchem Maße deutsche Techniker und deutsche Firmen an dem Ausbau Afghanistans be-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF